

Greule, Albrecht

**Das Unwort des Jahres : eine neue Form der Sprachkritik in
Deutschland**

Brünner Beiträge zur Germanistik und Nordistik. 2000, vol. 14, iss. 1, pp.
[7]-17

ISBN 80-210-2515-8

ISSN 1211-4979

Stable URL (handle): <https://hdl.handle.net/11222.digilib/106038>

Access Date: 05. 12. 2024

Version: 20220831

Terms of use: Digital Library of the Faculty of Arts, Masaryk University
provides access to digitized documents strictly for personal use, unless
otherwise specified.

ALBRECHT GREULE

DAS UNWORT DES JAHRES

Eine neue Form der Sprachkritik in Deutschland

1. Was ist Sprachkritik?

Die neueste Auseinandersetzung mit Sprachkritik beginnt mit der programmatischen Feststellung „Die Sprachkritik existiert nicht. Es existieren nur Formen der Sprachkritik.“ (Schwinn 1997: 1). Das Gemeinsame aller Formen der Sprachkritik ist, daß sie mit Sprache an Sprache (normalerweise negative) Kritik üben.

Bekanntlich existiert Sprache aber nur in verschiedenen einzelsprachlichen Ausprägungen wie deutsch, tschechisch, englisch, französisch usw. Und innerhalb der Einzelsprachen müssen wir wieder mindestens unterscheiden zwischen den Sprachkompetenzen der Sprecher einer Einzelsprache und deren Sprachverwendung. Alle diese Erscheinungsformen von Sprache können — mit verschiedenen Mitteln und verschiedenen Absichten — der Kritik unterzogen werden.

Dem Thema entsprechend konzentriere ich mich im folgenden auf die Sprachverwendung in deutscher Sprache, also auf das, was Sprecher und Sprecherinnen als Angehörige der deutschen Sprachgemeinschaft mündlich und schriftlich produzieren. Dabei scheint es mir wichtig zu sein, daß sich diese Form der Sprachkritik auf den öffentlichen Sprachgebrauch der Gegenwart konzentriert — was aber nicht heißen soll, daß es Sprachkritik im privaten Kreis nicht gibt oder nicht geben soll.

Wenn wir die öffentliche Sprachverwendung zum Gegenstand der Sprachkritik machen, dann können wir weiter zwei Formen unterscheiden; statt „Formen“ möchte ich lieber sagen: zwei Modi von Sprachkritik. Und zwar handelt es sich bei den Modi um die journalistische Sprachkritik und die linguistische (oder besser: die linguistisch begründete) Sprachkritik.

Die linguistische Sprachkritik, wie sie etwa durch den Polenz-Schüler Rainer Wimmer vertreten wird, können wir folgendermaßen charakterisieren. Wimmer meint: „Sprachkritik ist etwas für alle“. Sprachkritik sollte weder philosophisch

noch normierend sein; sie sollte weder journalistisch noch moralisierend noch schulmeisterlich sein. Das Ziel linguistischer Sprachkritik ist es, über die Reflexion des Sprachgebrauchs auf das Sprachhandeln einzuwirken. „Ziel der Sprachkritik ist die Förderung eines reflektierten Sprachgebrauchs aller an der Kommunikation Beteiligten,“ sagt Rainer Wimmer (Wimmer 1994: 259). Sprachgebrauch ist dann reflektiert, wenn der Sprecher in der Lage und bereit ist, in Konfliktsituationen seinen Sprachgebrauch zur Diskussion zu stellen.

Schön und gut! Ich glaube, niemand wird die Fähigkeit, den eigenen Sprachgebrauch reflektieren zu können, nicht für gut halten. Und niemand wird heutzutage das Ziel infrage stellen, daß möglichst viele Sprecherinnen und Sprecher diese Fähigkeit besitzen sollen. Die Sache hat nur einen wesentlichen Haken. Kein Vertreter der linguistischen Sprachkritik, die auf der kommunikativen Ethik aufbaut, sagt, wie das hehre Ziel „Sprachkritik für alle!“ erreicht werden soll. Hier hat die Sprachkultivierung (Sprachpflege) eine legitime Aufgabe. Um nicht abzuschweifen, gehe ich darauf aber nicht näher ein (vgl. Greule 1986).

Anders liegen die Dinge beim zweiten Modus der Sprachkritik, der journalistischen Sprachkritik. Sie ist kaum theoretisch begründet, schon gar nicht linguistisch. Umso mehr gibt es hier eine Fülle von Beispielen für praktische Sprachkritik. Die wichtigste Form der journalistischen Sprachkritik ist die Sprachglosse in der Zeitung. Ein Beispiel dazu findet sich im Anhang.

Der Sprachwissenschaftler Willy Sanders, der sich vor kurzem mit diesem Modus der Sprachkritik in einem Buch mit dem Titel „Sprachkritikastereien“ intensiv auseinandersetzt, läßt die moderne Sprachkritik in Deutschland 1945 beginnen. Die Sprachkritik der „ersten Stunde“ bestand aus Wortanalysen ausgewählter faschistischer und faschistoider Begriffe (z.B. *Endlösung*, *Vergasung*). Später wurden diese Artikel und Glossen unter dem berühmt gewordenen Titel „Aus dem Wörterbuch des Unmenschen“ (1957) als Buch zusammengefaßt (vgl. Sternberger u.a. 1986). In der Folgezeit wurde diese Art der Sprachkritik — nicht von Sprachwissenschaftlern, sondern von Politikern, Schriftstellern und vor allem von Journalisten — weitergeführt. Die Kritik der Sprachwissenschaft erfolgte zögernd und ist mit Namen wie Werner Betz oder Peter von Polenz verbunden. Sie stellten klar, daß es sich bei dieser Art von Sprachkritik in Wirklichkeit um moralisierende Kultur- und Geisteskritik handelt (Sanders 1992: 9).

Wir haben also gesehen: In Deutschland gibt es seit geraumer Zeit eine journalistische Sprachkritik; die ihr angemessene Form ist die Zeitungsglosse. Die journalistische Sprachkritik ist nicht selten moralisierend, was mit ihren antifaschistischen Anfängen zu tun hat. Demgegenüber postulieren Sprachwissenschaftler eine linguistisch begründete Sprachkritik. Ihr praktisches Ziel besteht darin, daß möglichst alle Sprecher/innen in sprachlichen Konfliktsituationen in der Lage sind, ihren eigenen Sprachgebrauch — gemäß einer kommunikativen Ethik — zu reflektieren.

2. Wörter und Unwörter des Jahres

Vor diesem teils theoretischen, teils mehr praktischen Hintergrund sind die Überlegungen zu sehen, die zur Idee der sprachkritischen Aktion „Unwort des Jahres“ führten. Es kommt aber noch etwas hinzu, das zwar nichts mit Sprachkritik zu tun hat, aber dennoch den Anstoß dazu gab, die Unwörter des Jahres zu küren. Seit 1978 wählt nämlich die Gesellschaft für deutsche Sprache jährlich gegen Ende des Jahres die Wörter des Jahres und macht diese durch eine Pressemeldung der Öffentlichkeit bekannt. — Die Gesellschaft für deutsche Sprache ist genau genommen ein Verein zur Pflege und Erforschung der deutschen Gegenwartssprache, der in Wiesbaden über eine sehr rührige Geschäftsstelle verfügt. Dank dieser Geschäftsstelle kann man die Gesellschaft als die gegenwärtig wichtigste Sprachberatungsinstitution in Deutschland bezeichnen. Mit der Wahl der „Wörter des Jahres“ will die Gesellschaft für deutsche Sprache Wörter und Wendungen in Erinnerung bringen, die jeweils für das vergangene Jahr besonders typisch waren oder wichtige Ereignisse aus verschiedenen Lebensbereichen widerspiegeln. Es soll dadurch auch eine Art Sprachchronik entstehen (Steinhauer 1997: 1). Die Spitzenreiter, die eine Jury festlegt, waren: 1977 *Szene* (z.B. *Drogenszene*), 1978 *konspirative Wohnung*, 1979 *Holocaust*, 1980 *Rasterfahndung*, 1981 *Nulllösung*, 1982 *Ellenbogengesellschaft*, 1983 *heißer Herbst*, 1984 *Umweltauto*, 1985 *Glykol*, 1986 *Tschernobyl*, 1987 *Aids, Kondom*, 1988 *Gesundheitsreform*, 1989 *Reisefreiheit*, 1990 *die neuen Bundesländer*, 1991 *Besserwessi*, 1992 *Politikverdrossenheit*, 1993 *Sozialabbau*, 1994 *Superwahljahr*, 1995 *Multimedia*, 1996 *Sparpaket*, 1997 *Reformstau* und 1998 *rotgrün*.

1991 hatte der Frankfurter Germanist Horst Dieter Schlosser die Idee, die Aktion „Wörter des Jahres“, die zwar in den Medien jährlich für kurzes Interesse sorgt, aber ansonsten nur dokumentarischen und keinen sprachkritischen Effekt hat, dadurch zu ergänzen, daß die Bevölkerung an der Wahl von Unwörtern des Jahres beteiligt wird. Schlosser wollte damit öffentliche Sprachkritik aktivieren und durch den bundesweiten Aufruf, Unwörter des Jahres zu sammeln, die sprachinteressierten Deutschen jedes Jahr zur Sprachkritik ermuntern. Er hatte sicherlich recht mit der Vermutung, daß durch die Wahl eines „Unworts des Jahres“ mehr zur öffentlichen Diskussion der Sprachkultur beigetragen werden kann als durch das „Wort des Jahres“. Wie ich anhand von Zahlen gleich zeigen werde, hat er damit durchaus recht behalten.

3. „Sprachkritik durch Volksbefragung“: Das Unwort des Jahres

Mit der Wahl des Unworts des Jahres bekommen weite Kreise der Bevölkerung in Deutschland, die nicht mehr bereit sind, alles hinzunehmen, was ihnen in der öffentlichen Kommunikation tagtäglich geboten wird, gleichsam eine Plattform, auf der sie ihre Kritik artikulieren können. Darüber hinaus wird die Möglichkeit geschaffen, die individuelle Sprachkritik sprachwissenschaftlich zu

stützen (Schlosser 1992: 50). Häufig wird nämlich — wie wir noch sehen werden — die Kritik an der Sprache mit der Kritik an der Verwerflichkeit einer durch ein Wort bezeichneten Sache verwechselt (Schlosser 1992: 51, 1995: 139).

Das Hauptziel der Aktion ist es also, für mehr Sensibilität im Sprachgebrauch und für mehr Rücksichtnahme im sprachlichen Umgang miteinander zu werben. Wie das Ziel zu erreichen und die ganze Unwort-Aktion zu organisieren ist, liegt in einer Satzung fest. Die Satzung ist das Ergebnis heißer Diskussionen unter den vier Sprachwissenschaftlern, aus denen sich die Jury zusammensetzt, die jährlich das Unwort aus den hunderten von Vorschlägen bestimmt. Die Sprachwissenschaftler bilden den festen Kern der Jury; hinzu gewählt werden aber, jährlich neu, zwei Mitglieder, die für ihre Sprachsensibilität in der Öffentlichkeit bekannt sind, z.B. Schriftsteller, Journalisten oder einen Kabarettisten wie Ernst Röhl („Eulenspiegel“) aus der ehemaligen DDR.

Die Satzung wird eingeleitet mit den Grundsätzen der Aktion „Unwort des Jahres“, die ich wegen ihrer Wichtigkeit im vollen Wortlaut vorlege (siehe im Anhang § 1).

4. Organisation der Aktion UNWORT DES JAHRES

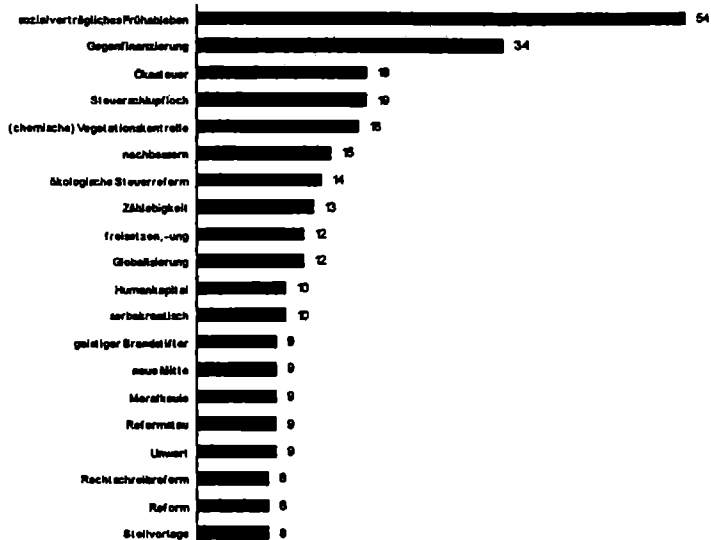
Die „sprachkritische Aktion Unwort des Jahres“ fand zunächst im Rahmen der Gesellschaft für deutsche Sprache statt; 1994 hat sie sich aber von der Gesellschaft gelöst, ist seither völlig unabhängig und wird von der Universität Frankfurt am Main, dem Sitz des Sprechers der Jury, organisiert. Der Sprecher der Jury ist zur Zeit Horst Dieter Schlosser, den wir als Initiator der Aktion bereits kennengelernt haben.

Die Organisation ist in der Satzung (siehe im Anhang § 2) genauestens festgelegt. Die wichtigsten Schritte dabei sind: Im Herbst eines Jahres wird durch einen öffentlichen Aufruf in Form einer Pressemeldung um Einsendung von möglichen Unwörtern gebeten, die im Laufe des zurückliegenden Jahres eine gewisse öffentliche Bedeutung erlangt haben. Eine Quellenangabe sollte vermerkt sein.

Nach dem Einsendeschluß, der zwei Wochen nach dem Jahresende liegt, legt der Sprecher der Jury eine Auflistung aller eingesandten Vorschläge vor. Er teilt dabei die Vorschläge in drei Kategorien ein: 1. Vorschläge, die alle Kriterien für ein Unwort erfüllen (z.B. 1992 *weiche Ziele* eine militärsprachliche Paraphrase für Menschen), 2. nicht ganz neue „Unwörter“ (z.B. 1997 *Sparpaket*, war 1996 aktuell), 3. nicht begründete Vorschläge (z.B. 1997 *Ampel-Ossi* angeblich für das ostdeutsche „Ampelmännchen“).

Wichtig ist, daß die Entscheidung über das Unwort des Jahres nicht davon abhängt, wie oft ein Wort als Unwort vorgeschlagen wird. Auf diese Weise wird der Manipulation durch eventuelle Unterstützungsaktionen, wie im Falle von *Schwangerschaftsabbruch* geschehen, vorgebeugt. Die häufigsten Nennungen im Jahre 1998 waren z.B. folgende Wörter:

Unwort-Aktion 1998 – Die 20 häufigsten Nennungen

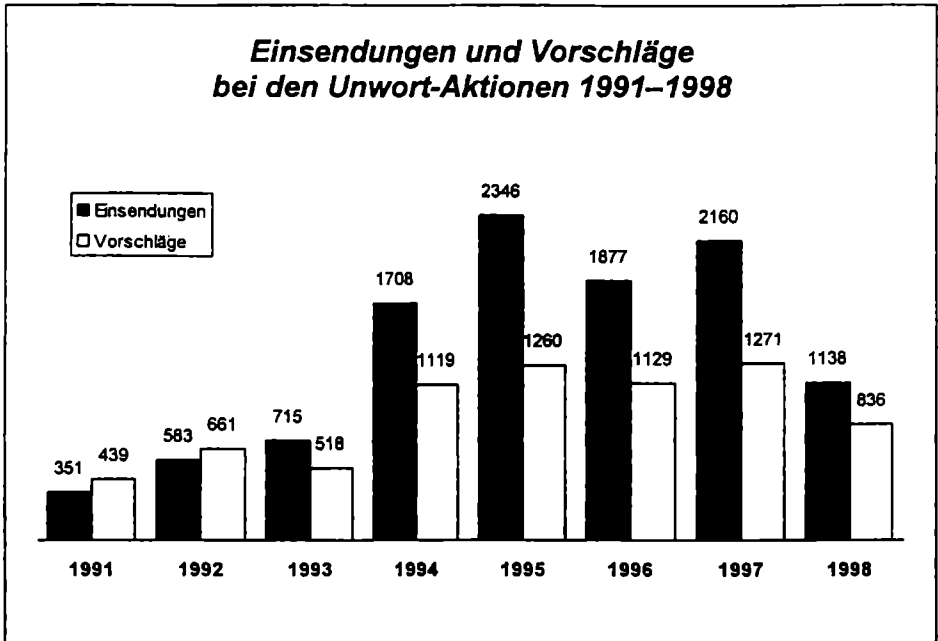


Die Entscheidung über das Unwort des Jahres und weitere Unwörter fällt ausschließlich nach inhaltlichen Kriterien auf einer Sitzung der Jury, die zur Zeit in Frankfurt a.M. stattfindet. Nach der Entscheidung der Jury gibt der Sprecher in einer Pressemitteilung das Ergebnis mit ausführlicher Begründung öffentlich bekannt.

5. Die Unwörter der Jahre 1991-1998

Bevor ich kurz die Unwörter der Jahre 1991-1998 kommentiere, muß ich auf einen immer wieder gemachten Vorschlag eingehen. Fast in jedem Jahr lautet ein wohl mehr scherzhaft gemeinter Vorschlag, das Wort *Unwort* selbst zum Unwort zu küren. Dazu muß der Sprachwissenschaftler unzweideutig feststellen: *Unwort* ist kein Unwort. Den Nachweis liefert das Deutsche Wörterbuch, in dem im 11. Band, III. Abteilung, unter dem Lemma *Unwort* als Bedeutung angegeben wird „böses, beleidigendes wort.....unrichtiges, verwerfliches wort“; in dieser Bedeutung ist es bereits für a.1473 belegt. Gemäß seiner Wortbildungsbedeutung gehört es in die Nähe von *Unsitte*, *Unkraut*, *Unmensch*, *Unstern*, *Unkultur* (vgl. Fleischer/Barz 1992: 202f.)

Einige statistische Angaben führen vor Augen, wie schnell die Aktion — man kann sagen innerhalb von drei Jahren — von der Bevölkerung angenommen wurde.



Die Unwörter der Jahre 1991 bis 1998 waren (mit einem kurzen Kommentar aus der jeweiligen umfangreicheren Begründung):

- 1991 *ausländerfrei*: beweist, daß immer noch Assoziationen an den Ungeist der Nazizeit (vgl. jüdenfrei) billigend in Kauf genommen werden.
- 1992 *ethnische Säuberung*: die widerliche Umschreibung für die Greuel im ehemaligen Jugoslawien, ein eindeutiger Euphemismus für schlimmste Kriegsverbrechen, dessen substantivischer Bestandteil, *Säuberung*, seit stalinistischer Zeit eine lange schlimme Tradition hat (vgl. Schlosser 1995: 137f.).
- 1993 *Überfremdung*: dient immer wieder als Pseudoargument für die dumpfe Angst mancher Deutschen, daß sie von angeblich minderwertigen Ausländern majorisiert werden.
- 1994 *Peanuts*: abschätzigere Bewertung von Geldsummen, von denen Durchschnittsbürger nur träumen können; im Falle des Schneider-Skandals besonders unsensibel, weil der Millionenverlust zahlreiche kleinere Handwerksbetriebe an den Rand des Ruins brachte.
- 1995 *Diätenanpassung*: schönfärberische Bezeichnung für die Tatsache, daß die Bezüge der Politiker erhöht werden.
- 1996 *Rentnerschwemme*: eine Bedrohungsgefühle weckende Bezeichnung für die Zunahme von Menschen, die aus dem Berufsleben ausgeschieden sind und nicht mehr direkt ihren Lebensunterhalt erwirtschaften.

- 1997 *Wohlstandsmüll*: Umschreibung für arbeitsunwillige, arbeitsunfähige, sogar kranke Menschen; zynische Bewertung von Menschen ausschließlich nach ihrem „Marktwert“.
- 1998 *sozialverträgliches Frühableben fördern*: der Präsident der Bundesärztekammer in seiner Kritik an den Sparplänen der neuen, rotgrünen Bundesregierung.

6. Erfahrungen

Der Bundesvorstand der PDS forderte in einer Pressemitteilung vom 10.02.1992, daß die Unwörter in Parlamentsdebatten mit Sanktionen zu belegen seien (Schlosser 1995: 135). Zum Glück ist es soweit nicht gekommen. Die Unwort-Jury beanspruchte nie, daß ihre Entscheidung über das Unwort eine letztinstanzliche sei, der sich alle kommentarlos zu beugen hätten, weil es in Deutschland keine Sprachakademie gibt. Gleichwohl soll die Entscheidung einer Jury die Intersubjektivität der Unwortwahl gewährleisten, aber die Konsequenzen aus der Unwortwahl muß jeder Sprachbenutzer selbst überdenken.

Das Resümee des Sprachwissenschaftlers aus sieben Jahren Unwort-Aktion lautet: Bei der Mehrzahl der vorgeschlagenen Unwörter handelt es sich um Euphemismen im weitesten Sinn oder um ihr Gegenteil, d.h. vereinfacht: für eine üble Sache wird ein nicht konnotiertes oder positiv konnotiertes Wort gewählt (vgl. *Ethnische Säuberung* für die Tötung von Menschen). Oder für eine neutrale Sache oder einen Menschen wird ein negativ konnotiertes Wort gewählt (z.B. *Blockadepolitiker* für Oppositionspolitiker).

Die Kommunikations-Bereiche, aus denen immer wieder Unwörter vorgeschlagen wurden, sind: Politik (z.B. 1993 *Überfremdung* als Pseudoargument in der Ausländerpolitik), Wirtschaft (z.B. 1997 *Wohlstandsmüll*), Bürokratie (z.B. 1997 *neue Beelterung*), Medizin/Organverpflanzung (z.B. 1997 *Organspende*) und Jugendjargon (z.B. 1995 *abfackeln* für das Verbrennen von Gegenständen und Menschen).

Aus eigener Erfahrung als ständiges Jury-Mitglied kann ich sagen, daß die Resonanz auf die Unwort-Aktion in allen Medien seit mehreren Jahren gleichbleibend groß ist, ja noch zunimmt: Die Jurymitglieder werden noch vor der Verkündung des Unworts und besonders am Tag der Verkündung selbst um Statements für Zeitungen, für verschiedenste Hörfunk- und Fernsehanstalten gebeten. Gleichermäßen groß ist das Interesse in der Bevölkerung; immer wieder werden wir nach Bekanntgabe des Unworts darauf angesprochen und angeschrieben, daß man die Wahl für richtig oder auch für nicht einsichtig halte. Das Interesse an der Aktion in der Bevölkerung und in den Medien hat deutlich zugenommen, als die Jury auch eine Formulierung des Bundeskanzlers im Jahre 1993 zu rügen wagte. Es handelt sich um die Äußerung von Helmut Kohl, Deutschland sei oder werde zu einem *kollektiven Freizeitpark*. Diese von der Jury gerügte Formulierung bietet auch ein trauriges — bis jetzt aber das einzige — Beispiel für die Beeinflussung der Unwortwahl durch die Regierung. Die Folge

war, daß sich die Unwortaktion aus der Gesellschaft für deutsche Sprache, die auf Gelder aus öffentlichen Mitteln angewiesen ist, herauslöste. Leider konnte die Jury das Bild vom kollektiven Freizeitpark nicht als gewollte Ironisierung erkennen, wie dies etwa der Fall war bei der Formulierung *finale Vergruftung* für das endgültige Begräbnis Friedrichs des Großen (1991) oder bei der Formulierung *Ermüdung des menschlichen Materials*, die Pavel Kohout 1997 gebrauchte, um die Schwierigkeiten bei der Vorbereitung des Festivals „Deutsches Theater in Prag“ zu erklären (vgl. Schlosser 1992: 52). – Schließlich erreichte die Jury mit der Wahl des Unworts *Peanuts* für unvorstellbar hohe Geldsummen genau das Gegenteil dessen, was sie anstrebte, nämlich die Ächtung und Verbannung eines Unworts aus dem Sprachgebrauch. Dieses Wort — in Bankerkreisen durchaus geläufig — ist nach seiner Wahl zum Unwort außerhalb von Bankerkreisen erst richtig bekannt geworden und erfreut sich zur Zeit zumindest im halböffentlichen Sprachgebrauch einer gewissen Beliebtheit.

7. Schlußbewertung

Fragen wir uns abschließend, inwiefern die Unwort-Aktion wirklich eine neue Form der Sprachkritik darstellt. Einerseits gab und gibt es in Deutschland die journalistische Sprachkritik, die durch die Medien ein breites Publikum erreicht, der seitens der Sprachwissenschaft aber der Vorwurf moralisierender Kultur- und Geisteskritik gemacht wird. Die Sprachwissenschaft ihrerseits bietet neuerdings das sicherlich richtige Konzept des reflektierten eigenen Sprachgebrauchs an und erhebt die Forderung nach Sprachkritik für alle. Nur bleibt diese Forderung weitgehend theoretisch, und die praktisch folgenlosen Erörterungen der Möglichkeit von Sprachkritik sind für viele Sprachteilhaber höchst unbefriedigend, wie Horst Dieter Schlosser zurecht feststellt (Schlosser 1995: 133). Vor diesem Hintergrund stellt die Unwort-Aktion einen Kompromiß dar: einerseits setzt sie das in der Bevölkerung zweifellos in erheblichem Maß vorhandene sprachkritische Potential frei, andererseits versucht sie durch entsprechende Vorgaben, die in der Satzung niedergelegt sind, die meist dilettantische Sprachkritik der Sprachbenutzer sprachtheoretisch abzusichern. Die Sprachbenutzer erhalten durch die Bekanntgabe der Unwortwahl durch die Jury gleichsam eine Rückmeldung darauf, welche Vorschläge nach sprachwissenschaftlicher Auffassung, d.h. nach der Auffassung der Jury, tatsächlich gegen sachliche Angemessenheit und humanes Miteinander verstoßen.

Bei allen Mängeln, die diesem Modus der Sprachkritik auch anhaften mögen, scheint er mir doch derjenige zu sein, der nicht beim Theoretisieren und Dilettieren stehen bleibt, sondern in die Sprachpraxis hineinwirkt — und das ist in Deutschland eine neue Form der Sprachkritik.

LITERATUR

- Fleischer/Barz 1992: Wolfgang Fleischer/Irmhild Barz, Wortbildung der deutschen Gegenwartssprache. Unter Mitarbeit von Marianne Schröder. Tübingen.
- Greule 1986: Besseres Deutsch - größere Chancen. Die Sprachförderung Erwachsener als Aufgabe der Germanistik. In: Muttersprache 96, S. 202-214.
- Sanders 1992: Willy Sanders, Sprachkritikasterieen - und was der „Fachler“ dazu sagt. Darmstadt.
- Schlosser 1992: Horst Dieter Schlosser, Die Unwörter des Jahres 1991. In: Der Sprachdienst, 36. Jahrgang, 1992, S. 49-61.
- Schlosser 1995: Horst Dieter Schlosser, Sprachkritik zwischen „political correctness“ und anderen Klippen. In: Bernd Ulrich Biere/Rudolf Hoberg (Hrsg.), Bewertungskriterien in der Sprachberatung. Tübingen, S. 132-145.
- Schwinn 1997: Horst Schwinn, Linguistische Sprachkritik. Ihre Grenzen und Chancen. Heidelberg.
- Steinhauer 1997: Anja Steinhauer, Wörter des Jahres 1996. In: Der Sprachdienst, Jahrgang 41, 1997, S. 1-12.
- Sternberger u.a. 1986: Dolf Sternberger, Gerhard Storz, Wilhelm E. Süskind, Aus dem Wörterbuch des Unmenschen (1957). Neue erweiterte Ausgabe mit Zeugnissen des Streits über die Sprachkritik. Frankfurt a.M., Berlin.
- Wimmer 1994: Rainer Wimmer, Sprachkritik und Sprachkultur. In: Hans-Jürgen Heringer (Hrsg.), Tendenzen der deutschen Gegenwartssprache, Tübingen. S. 253-264.

ANHANG

1. Die Satzung der sprachkritischen Aktion UNWORT DES JAHRES (Auszug).....
2. Sprachglosse (aus: TAZ 05.11.1996, S. 20).....

B. Die Satzung (Auszug)

1. Grundsätze der Aktion »Unwort des Jahres«

Die Aktion »Unwort des Jahres« will für mehr sachliche Angemessenheit und Humanität im öffentlichen Sprachgebrauch werben. Zu diesem Zweck sollen jährlich einzelne Wörter oder Formulierungen aus der aktuellen öffentlichen Kommunikation, welche die Erfordernisse sachlicher Angemessenheit und humanen Miteinanders besonders deutlich verfehlen, öffentlich gerügt werden. Dabei wird der deutlichste sprachliche Mißgriff als »Unwort des Jahres« gekennzeichnet, aber auch weitere Wörter und Formulierungen können als »Unwörter« gerügt werden. In Betracht kommen alle Felder der öffentlichen Kommunikation (Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft ...). Die Rügen verstehen sich in erster Linie als Anregung zu mehr sprachkritischer Reflexion. Eine Zensurabsicht liegt der Aktion fern. Für die Aktion ist wesentlich, daß jeweils die ganze Sprachgemeinschaft aufgerufen wird, sich an der Unwort-Wahl zu beteiligen. Jeder Bürger und jede Bürgerin kann Vorschläge machen.

2. Verfahren der Unwort-Wahl

2.1 Die Entscheidung über das »Unwort des Jahres« und weitere »Unwörter« trifft eine Jury. Diese besteht aus vier ständigen Mitgliedern, durch germanistische Ausbildung oder Tätigkeit ausgewiesene Sprachwissenschaftlern oder Sprachwissenschaftlerinnen, und zwei jährlich neu zu kooptierenden Mitgliedern, die einen Bereich der öffentlichen Sprachpraxis (z.B. Medien, Kulturinstitutionen, Politik, Verbände) vertreten. Diese Zuwahl sowie die Ersetzung eines ausscheidenden ständigen Mitglieds werden unter den ständigen Mitgliedern einvernehmlich geregelt. Geschäftsführende Aufgaben nimmt ein Sprecher oder eine Sprecherin der Jury wahr.

2.2 Durch einen öffentlichen Aufruf jeweils im Herbst eines Jahres wird um Einsendung von möglichen Unwörtern gebeten, die im Laufe des zurückliegenden Jahres eine gewisse öffentliche Bedeutung erlangt haben. Eine Quellenangabe sollte vermerkt sein.

2.3 Unmittelbar nach dem Einsendeschluß, der spätestens zwei Wochen nach dem Jahreswechsel sein soll, legt der Sprecher/die Sprecherin den übrigen Juroren eine Aufstellung aller eingesandten Vorschläge vor. Dabei wird bereits eine grobe Vorsortierung vorgenommen, die sich an den Kriterien der Unwortwahl (»aktuell« – »sachlich grob unangemessen« – »inhuman«) orientiert. Soweit die Vorschläge Begründungen enthalten, werden diese der Aufstellung beigelegt.

2.4 Die Entscheidung über das »Unwort des Jahres« und weitere »Unwörter« wird nicht von der Zahl der Unterstützer eines Vorschlags (die manipuliert werden könnte) abhängig gemacht. Sie erfolgt ausschließlich nach inhaltlichen Kriterien.

Gurke des Tages

Noch schlimmer als das Handy selbst ist die Suche der Gesellschaft für deutsche Sprache (GfdS) nach einem neuen Namen für das **Erkennungszeichen der Selbstverklavung**. Unter den fast 1.200 verschiedenen Vorschlägen in einem Wettbewerb für eine neue Bezeichnung des kleinen Mobiltelefons habe die Jury nichts Passendes finden können, teilte die Sprachgesellschaft am Montag in Wiesbaden mit. Eine kurze, prägnante und gut aussprechbare neue Bezeichnung sei nicht unter den Einsendungen gewesen. Gleichzeitig sei „Handy“ inzwischen so geläufig, daß es mittlerweile unmöglich erscheine, eine neue Bezeichnung durchzusetzen. Die meisten Vorschläge in dem Sprachwettbewerb gingen nach Mitteilung der GfdS mit der Endung -fon/-phon und auf -i/-y ein. Dazu zählten Digifon und Minifon, Praktifon und Mobifon sowie Anrufli, Calli, Griffi, Nervi und Sacki, aber auch Ohrly, Porty und Trendy. Eine Reihe von Einsendern habe nach ihrer Ansicht griffige Kurzwortbildungen vorgeschlagen, darunter Akser (akkuunterstützter Sprachübermittler) und Poteko (portable Telekommunikationseinheit).

